

Wolfgang Benz

Die Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“

Laudatio anlässlich der Verleihung des Preises für
Zivilcourage der Stadt Dachau
10. Dezember 2013

Vor den Toren Berlins im Landkreis Teltow-Fläming liegt die kleine Stadt Zossen. Sie hat 17 500 Einwohner, ihre Geschichte reicht ins Mittelalter zurück. Im 20. Jahrhundert wurde Zossen bekannt durch den Geschwindigkeitsrekord auf der Versuchsstrecke für elektrische Schnellbahnen. 210 km pro Stunde erreicht 1904 ein Schnelltriebwagen der AEG. Das war vor dem Weltkrieg ein Rekord, der in die Technikgeschichte einging. Ab 1910 wurde zwischen Zossen und dem später eingemeindeten Wünsdorf ein Militärgelände eingerichtet. Dort befanden sich im Ersten Weltkrieg die „Halbmondlager“, in denen kriegsgefangene Muslime untergebracht waren. Dazu gehörte die erste Moschee auf deutschem Boden, die religiös genutzt wurde. Die militärische Tradition wurde fortgesetzt: Im Zweiten Weltkrieg befanden sich im Ortsteil Wünsdorf das Oberkommando der Wehrmacht und das Oberkommando des Heeres. 1945 übernahm die Rote Armee das Gelände und nutzte es bis 1994 als Hauptquartier der sowjetischen Truppen in der DDR.

Zu den Sehenswürdigkeiten des schönen Ortes im Land Brandenburg gehören Marktplatz und Kirchplatz, von Kennern zu den schönsten historischen Ensembles der Region gerechnet. Die Dreifaltigkeitskirche wurde 1735 nach dem Vorbild der Potsdamer Garnisonskirche errichtet, vom Schloss ist nur noch das Torhaus erhalten, das Rathaus von 1858 ist ein

eindrucksvoller Ziegelbau aus dem 19. Jahrhundert. Auch Erholungsmöglichkeiten und Kultur bietet die Stadt Zossen: Seen zum Baden und die Draisinen, mit denen die Trasse der ehemaligen Militär-Eisenbahn auf höchst friedliche Weise zu befahren ist. In Wünsdorf-Waldstadt entstand nach dem Abzug der sowjetischen Soldaten eine Bücherstadt: Buchhandlungen und Antiquariate sind das Mekka für Bücherfreunde, die aus Berlin und von weiter her anreisen.

Das Jahr 1933 war auch in Zossen von Exzessen nach dem Machtantritt Hitlers begleitet. Sozialdemokraten und Kommunisten wurden auf dem Schulhof am Kirchplatz von der SA misshandelt. Viele von ihnen sind dann in das Konzentrationslager Oranienburg verschleppt worden. Im Gedenkjahr 2013 gab es zahlreiche Veranstaltungen in Zossen, die an die Machtübernahme durch die NSDAP, die Bücherverbrennung, den Kirchenkampf, die Verfolgung von Andersdenkenden, den Holocaust, das Schicksal der Anne Frank, die Novemberpogrome erinnerten. Das unterscheidet Zossen nicht von anderen Städten, in denen die Bürger vertreten durch Verbände, Kirchen, Politik und Verwaltung, Geschichtsbewusstsein, demokratische Überzeugung und den Wunsch nach einer friedlichen, vielfältigen und toleranten Gesellschaft zum Ausdruck bringen.

In Zossen gibt es aber auch eine andere Wirklichkeit: Neonazis, Fremdenhasser, Holocaustleugner.

Die unerfreulichen Gestalten posierten in den letzten Jahren gerne vor Fernsehkameras, grölten ihre Gesinnung bei einer

Gedenkveranstaltung zum Holocaust hinaus, zeigten den Hitlergruß und die Polizei, die zum Schutz der Bürger und zur Garantie des friedlichen Verlaufs zahlreich vorhanden war, merkte nichts. Schlimmer noch, sie wollte ganz offensichtlich nichts bemerken, denn schließlich, als die Justiz in Tätigkeit trat, verschwand das Polizeivideo, auf dem das Treiben der Neonazis dokumentiert war, spurlos. Der Staatsanwalt sprach davon, dass die Polizei in Zossen bewusst Straftaten nicht vereitelt habe. Es existieren auch private Aufnahmen, die den Sachverhalt beweisen.

Das Ereignis liegt jetzt zwei Jahre zurück. Auch ein anderes Beispiel ist nicht mehr ganz aktuell, aber es zeigt eine Haltung, die in ihrer Possenhaftigkeit lächerlich ist, in ihrer sturen Unbelehrbarkeit aber zutiefst erschreckt. In zentraler Lage betreibt ein bekennender Holocaustleugner ein Internet-Café, das als Treffpunkt von Gesinnungsgenossen dient. Zum Ärger des Verbohrten hat in dem Haus, in dem er seinen Laden betreibt, einst eine jüdische Familie gewohnt. Zwei Stolpersteine im Bürgersteig erinnern daran. Dagegen wütete der Neonazi, stellte eine Bierkiste auf die Erinnerungszeichen. Sie sollte als Sockel für ein selbstgebasteltes Plakat mit einer Botschaft dienen, vor allem die Stolpersteine verdecken. Engagierte rückten die Kiste beiseite, der Ladenbesitzer erschien und machte das rückgängig. Das Kistenrücken dauerte an und machte vor allem die Wut des Holocaustleugners gegen die historische Wirklichkeit sichtbar. Er entblödete sich auch nicht, seinen Hass vor einer Kamera des öffentlich-rechtlichen Fernsehens zu offenbaren.

Das Klima in der kleinen Stadt, 20 km südlich Berlins, ist vergiftet, seit die Rechtsextremisten vor fünf Jahren, 2008, begannen, in Zossen ihre Gesinnung öffentlich, aggressiv und provozierend zu artikulieren. Zum Beispiel im November mit einem Fackelzug auf dem Marktplatz, deklariert als „Mahnwache“. Die Aktivisten gehörten zu den inzwischen verbotenen „Freien Kräften Teltow-Fläming“, einer Gruppierung gewaltfreudiger Neonazis. Ein Bürger, der, aus seinem nahe gelegenen Büro kommend, die Szene beobachtete, war nicht nur erschüttert über den Aufmarsch, er sprach mit Freunden und Bekannten über die freche Zumutung und daraus ging die Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ hervor, die wir heute in Dachau zu Gast haben, um sie für ihr Engagement zu ehren. Der Initiator Jörg Wanke, Mitvorsitzender und Pressesprecher der Bürgerinitiative, ahnte wohl kaum, was ihm und seinen Mitstreitern noch alles blühen würde, als Anfang 2009 „Zossen zeigt Gesicht“ gegründet wurde.

Die Obrigkeit zeigte wenig Verständnis für die Notwendigkeit bürgerlicher Abwehr gegen Rechtsextremismus. Die Bürgermeisterin vertrat, wie andere auch, den Standpunkt, es sei Nestbeschmutzung, bestehende Probleme anzusprechen und anzugehen. Nach dem vielfach angewendeten Motto, das Böse habe seine Heimat anderswo, wurde die Existenz gewaltbereiter Neonazis kleingeredet. Man dürfe sich nicht einmischen, meinte die Bürgermeisterin, verwies auf Meinungsfreiheit und darauf, dass „der Staat“ keine Gesinnung vorschreiben dürfe. Das mag aus der Erfahrung einer DDR-Sozialisation heraus verständlich sein als Gefühl der Befreiung von Gesinnungszwang, ist aber

als Argument, Feinde der Demokratie gewähren zu lassen, nicht tauglich und beweist nur Orientierungslosigkeit. Wenn sich die DDR als antifaschistischer Staat legitimiert fühlte und antifaschistisches Bewusstsein vorschrieb, Antifaschismus als Haltung ritualisierte, so ist diese Position deshalb nicht entwertet oder obsolet. Das Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus ist Bestandteil unseres Bekenntnisses zur Freiheit. Im Rückblick sagt der Sprecher der Bürgerinitiative, die Konflikte vor Ort in einer Kleinstadt, „die Beschimpfungen von Teilen der Politik als ‚Nestbeschmutzer‘ oder ‚Hassprediger‘, weil wir ein Problem in der Stadt benannt haben, kosteten in der Vergangenheit mehr Kraft und Zeit als die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen“.

Das ist gewiss keine Spezialität der brandenburgischen Kleinstadt Zossen. Dass die Neonazis, die im Ort ihr Unwesen trieben, nicht beliebt waren, ist so sicher wie sie toleriert wurden, damit es kein Aufsehen über den Ort gebe. Zossen sollte, was ein verständlicher Wunsch ist, kein durch Neonazitum stigmatisierter Ort sein. Aber statt die Neonazis zum Teufel zu jagen, wollten viele das Problem lieber beschweigen und suchten Trost in der Selbstbeschwichtigung, dass die Rechten von außerhalb kämen und Zossen dazu missbrauchten, um ihr Unwesen zu treiben. Die Neonazis fühlten sich aber mindestens geduldet und leiteten daraus die Berechtigung ab, frech zu provozieren. Die Reaktion der Einwohner von Zossen läßt sich mit einem historischen Beispiel erklären: Nach den Novemberpogromen 1938 trösteten sich in allen Orten des Deutschen Reiches, in denen Untaten gegen

Juden verübt wurden, die Menschen mit der Feststellung, es seien Fremde gewesen, die die Juden des Ortes gedemütigt, misshandelt und beraubt hätten, nicht die Einheimischen. Aber es waren in Wirklichkeit doch die Nachbarn und Geschäftsfreunde, die Kollegen und Mitbürger, die in der Pogromnacht zu Tätern wurden. Aber es ist auch nicht so wichtig, ob es Einheimische oder Fremde sind: wichtig ist, wo etwas geschieht, wer zusieht, billigt, schweigt.

Von den engagierten Zossener Demokraten kommt auch diese Feststellung: „Von Beginn an wurde die Bürgerinitiative in der Stadt Zossen von Teilen der Politik und von der Bürgermeisterin der Stadt als Störfaktor betrachtet. Ursache hierfür ist vor allem die unterschiedliche Bewertung des Rechtsextremismusproblems in der Stadt, aber auch der Umgang damit. Immer wieder wird uns vorgeworfen, dass wir den Rechtsextremismus unnötig aufbauschen oder überbewerten. Aber auch unsere Konzepte gegen den Rechtsextremismus, die sich vor allem für eine lebendige demokratische Kultur einsetzen, wurden nicht unterstützt oder sogar abgelehnt.“

Die Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ ist überparteilich, ihre Mitglieder sind honorige Bürger, trotzdem spricht die Bürgermeisterin von Linksextremen. Dass der Ultrarechte, Antisemit und Holocaustleugner Horst Mahler in Zossen auftritt, dass der notorische Neonazihäuptling auf dem Schulhof der Geschwister Scholl-Schule Tonträger mit rechter Musik und rechtsextremer Propaganda verteilt, dass er mit seiner jugendlichen Entourage das Dritte Reich verherrlicht und dass Hitler als verdienstvoller Staatsmann gepriesen wird

– das scheint weniger zu stören als die Aktivitäten der Bürgerinitiative. Dazu gehört die Einrichtung eines „Hauses der Demokratie“ als Treffpunkt engagierter Bürger, als Ort der Toleranz. Die Neonazis reagierten mit Einschüchterungsversuchen, Drohungen, Gewalt. Sie störten Veranstaltungen der Bürgerinitiative, pöbelten im Zossener Rathaus bei der Auszählung der Stimmen anlässlich der Landtags- und Kommunalwahlen 2009. Und Neonazis verwüsteten die Räume im Haus der Demokratie.

Der Sozialpädagoge Hagen Ludwig, Mitglied in der Bürgerinitiative und beruflich mit dem jugendlichen Umfeld der Neonazi-Szene befasst, wurde Ziel rechtsextremer Bedrohung: „Ich kann mich noch gut an den Tag erinnern, an dem die Nazis sich mit der Drohung ‚Du stirbst bald Hagen!‘ und einem Hakenkreuz an meinem damaligen Laden in der Berliner Straße in Zossen verewigten: Es war am Wochenende und es war mein Geburtstag!“ Wenn man den Begriff „Zivilcourage“ definieren will, dann passt die Situation des Bürgers Hagen Ludwig in Zossen als Beispiel sehr gut. Er hat Angst um seine Familie, denkt aber nicht daran, vor neonazistischen Drohungen zurückzuweichen. Aber Hagen Ludwig sagt auch: „Die Unterstützung und Zuwendung aus dem Umfeld der Bürgerinitiative war groß: Wir erhielten viele Anrufe mit Hilfsangeboten und Zuspruch. Eine Kontaktaufnahme durch die Stadtverwaltung blieb aus. Aber zumindest auf der Internetseite der Stadt war zu lesen, dass man die Morddrohung bedauert und verurteilt. Die Morddrohung an meinem Laden ließ zumindest die Vermutung zu, dass hier von Personen, die mich genauer kennen, Informationen über mich an die Nazis

weitergegeben worden waren, um mich persönlich zu treffen.“ Auch den Sozialarbeiter und bekennenden Demokraten verstört es am meisten, dass Zuspruch und Ermunterung von der Stelle, von der dies am meisten erwartet wird, der politischen Repräsentanz der Stadt, ausbleibt: „Gerade in der Auseinandersetzung mit der Verwaltung und dem politischen Lager um die Bürgermeisterin, die uns als Nestbeschmutzer sahen und angriffen, statt uns zu unterstützen, fühlten wir uns oft allein gelassen von der ‚großen‘ Politik. Auszeichnungen für die Bürgerinitiative gab es eine Zeitlang zwar massenhaft, konkrete Hilfen im politischen Alltag und die Präsenz namhafter Politikerinnen und Politiker vor Ort an unserer Seite hätten uns glücklicher gemacht. Immer wieder fragte ich mich, ob ich im falschen Film sei: Wir wollten doch etwas Gutes, wurden aber vor Ort von angeblichen Demokraten beschimpft und stigmatisiert.“

Ziel von Anfeindungen und Morddrohungen war auch und vor allem der Gründer und Sprecher der Bürgerinitiative Jörg Wanke. Das Haus, in dem er arbeitet, wurde mit den Parolen „Volksverräter“ und „Rote Sau“ beschmiert, an seinem Wohnhaus las er die Drohung „Jörg Wanke wird bald sterben“.

Höhepunkt der Umtriebe von Neonazis war die Nacht im Januar 2010, als das „Haus der Demokratie“ in Flammen aufging. Die Brandstiftung gestand bald ein 16jähriger. Der ihn dazu verführt hatte war der örtliche Tonangeber der Neonazis, Daniel Teich. Er wurde am 1. Dezember 2011 zu drei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Derzeit sitzt er in Dresden im Gefängnis. Die Neonazi-Vereinigung „Freie Kräfte Teltow-

Fläming“ ist seit zwei Jahren verboten. Aber auch nach dem Brandanschlag erschienen noch Hakenkreuze an Hauswänden. Und das neue „Haus der Demokratie“ wird von Amts wegen mehr behindert als gefördert. Der Konflikt in Zossen dauert an. Zu viele halten das bürgerliche Engagement für die Ursache des Übels, werfen der Initiative vor, sie – die Demokraten und nicht die Demokratiefeinde – hätte Zossen in Verruf gebracht. Das Übel wird nach solcher Anschauung offenbar erst zum Übel, wenn man davon spricht. Demokratisches Verhalten ist es aber doch, das Böse zu benennen, um es erkennen und bekämpfen zu können. Dass es dazu Zivilcourage braucht, beweisen uns die Vorfälle in der brandenburgischen Stadt. Dass geflissentlich – und juristisch korrekt, wenngleich ethisch befremdlich – nur von „Sachbeschädigung“ gesprochen wird, wenn Extremisten das Haus eines Bürgers mit Drohungen beschmieren, ist ein Indiz für die falsche Perspektive. Die Resolution einer Mehrheit der Stadtverordneten ist ein weiterer Beweis. Die Mehrheit der Stadträte hatte sich „im Namen ihrer Bürgerinnen und Bürger gegen eine haltlose Verunglimpfung ihrer Heimatstadt Zossen und der darin wohnenden Menschen“ verwahrt, weil die Beschreibung der Neonazi-Umtriebe mit Ausdrücken wie „Zentrum neonazistischer Aktivitäten“ oder „Hochburg des Rechtsextremismus“ Unmut erregt hatte. Es scheint, dass die Benennung des Unerfreulichen mehr störte als das Unerfreuliche selbst.

Inzwischen ist Zossen nicht mehr Bühne provokanter Neonazis. Das ist auch ein Verdienst der Bürgerinitiative, die wir heute feiern. Die Frauen und Männer aus Zossen gereichen ihrer Heimatstadt zur Ehre. Denn ihre Unbeirrbarkeit, ihr

anhaltendes Engagement gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Toleranz, ihre Zivilcourage sind vorbildlich.

Es ist jetzt viel von Bürgern und Bürgerlichkeit die Rede gewesen. Das war Absicht. Denn die Begriffe Bürgerin und Bürger fassen die Tugenden zusammen, die in einer Gesellschaft notwendig sind, die modern ist und offen für alle, die Minderheiten, Bedürftigen, Schwachen, Zuwanderern zugewandt ist, die soziales Engagement, Freiheit, Sicherheit und Frieden lebt. Inbegriff der demokratischen Gesellschaft sind deshalb die Bürgerin und der Bürger, die über das persönliche Wohlergehen hinaus die Menschenrechte aller im Auge haben.

Ich gratuliere deshalb der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ von ganzem Herzen am Tag der Menschenrechte zum Preis für Zivilcourage der Stadt Dachau. Der Preis gereicht beiden zur Ehre, der Zossener Bürgerinitiative und der Stadt Dachau.